

Zeit aber nur 8.05 Mark, und auf den Staatsgruben in Hannover verdiente gar die bestbezahlte Arbeiterschaft nur 8.80 Mark pro Tag. (Hört! Hört!) Nehme man dazu die Bereicherung der Großgrundbesitzer durch die Bölle, die die breiten Massen aus-

gewählten Territoriums einen Durchschnittslohn für ganz Amerika nicht angeben. Für seinen Staat Illinois stellt er sich etwa auf 2 Dollar. Eine gesetzliche Festlegung des Minimallohns ist wegen der Verfassung der Vereinigten Staaten so lange unmöglich, als nicht alle Gruben verstaatlicht sind. Im übrigen sei er aber natürlich für einen möglichst hohen Minimallohn. (Seiterzeit.) Die vorgeschlagenen Resolutionen werden einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 6: Grubeninspektion. Gleichgerichtete Anträge von Deutschland und Belgien forden: Verschärfung der Grubeninspektion durch Kontrolleure, die von den Arbeitern gewählt und vom Staate besoldet werden sollen.

Gansmann (Deutschland): Auch die Einsteiger, die jetzt in Deutschland die Gruben kontrollieren, sind erst durch Massenaufstände einer Regierung abgezwungen worden, die unter dem Einfluß der mächtigen Grubenkapitalisten sich allen weitergehenden Forderungen der Bergarbeiter bisher entzogen hat. Aber die bisherige Grubeninspektion hat nicht verhindert, daß die Zahl der Unfälle, auch der schweren, ständig zunahm und Deutschland die höchste Unfallziffer der ganzen Welt hat. — Redner beweist das eingehend an der Hand der Unfallstatistik. — Auch bei dem jüngsten Grubenunglück auf Juche Worsilia, bei dem ich selbst mit einführte, fehlten auf den Wetterstationen in den Fahrten zu weiten drei Sprossen hintereinander. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen sind die Schächte nicht berieftelt worden. Ein höherer Grubenbeamter hat gesagt, daß wenn die Bergbehörde nach den bergpolizeilichen Vorschriften hätte verfahren wollen, der Schacht längst hätte stillgelegt werden müssen. Jetzt liegt er still, aber 25 Bergmannsleichen liegen noch ungeborgen auf seinem Grunde. (Hört, hört!) Zu der jetzigen Grubenkontrolle, die ihre Befugnisse oft tagelang vorher angeht, haben die Arbeiter mit Recht kein Vertrauen; sie verlangen Arbeiterkontrolleure. (Bravo!)

Calnaert (Belgien): Die Grubeninspektoren werden bei uns von dem Arbeitsrat gewählt, in dem die Unternehmer die Mehrheit haben. Ihre mangelhafte Aufsicht insbesondere über die Reinigung der Wetterschächte, hat denn auch zahlreiche Unfälle verschuldet. Der Minister freilich hat in der Kammer die schlagenden Beweise für eine Naturerscheinung erklärt und damit alle kapitalistische Profitlust, allen kapitalistischen Reichtum freigesprochen: Was soll das mundern? Sind doch die Minister Angehörige der Unternehmerklasse, vielleicht selbst Grubenaktionäre. Aber gerade darum sollen nicht sie, sondern die Arbeiter die Grubenkontrolleure wählen. (Bravo!)

Cadot (Frankreich): Seit dem Jahre 1890 ist bei uns das Prinzip der Grubeninspektion durch Vertrauensleute der Arbeiter gesetzlich anerkannt. Das im Jahre 1894 verbesserte Gesetz schreibt vor, daß wählen kann, wer 15 Tage lang in der Wohnliste steht — doch darf die Wahl frühestens 15 Tage nach Beendigung des letzten Streiks stattfinden —, daß gewählt werden kann jeder Arbeiter, der seit 3 Jahren in dem betreffenden Bezirk in Arbeit steht. Die Wahl ist geheim. Der Arbeiterinspektor, der 178—210 Frank Gehalt monatlich bekommt, darf den Gruben leider nur an 6 Tagen im Monat 12 Besuche abstatten. Die 24 Inspektionen, die die Arbeiter fordern, haben die Unternehmer im Senate zu Falle gebracht. Sie wollten nicht, daß alle Zustände auf den Gruben ständig der Öffentlichkeit bekannt gegeben würden. (Sehr wahr!) Im übrigen aber ist in amtlichen Berichten und sogar von den Unternehmern selbst anerkannt, daß die Arbeiterinspektoren außerordentlich günstig und nützlich gewirkt haben. Wenn die Zahl der Besuche noch erhöht wird, haben auch die Arbeiter allen Grund, mit dem bestehenden Gesetz zufrieden zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Richard (England, lebhaft begrüßt): Die staatlichen Inspektoren sind viel zu sehr beschäftigt, haben viel zu große Distrikte, als daß sie wirksam kontrollieren könnten. Die Arbeiterinspektoren werden nicht vom Staate bezahlt, haben infolgedessen nur vollkommen ungenügenden Lohn, so daß es schwer fällt, tüchtige Leute dafür zu finden. Dabei ist die Frage der Grubeninspektion nicht weniger wichtig, als die des Friedens. Denn auch die Bergarbeiter verlieren alljährlich zahlreiche Tote und Verbundene. Wären die Grubenunfälle ansehnlich wie die Boden-, so hätten die herrschenden Klassen sie aus Angst für sich längst viel stärker eingeschränkt. Jedenfalls müßten die Bergarbeiter nichts unterlassen in der Bekämpfung der Unfallgefahr. (Bravo!)

Nachdem der amerikanische Delegierte aus Wort verzichtet hat, weil es unmöglich sei, in kurzer Zeit die Besetzung betr. die Grubeninspektion aus den 20—30 verschiedenen amerikanischen Bergwerksstaaten darzulegen, werden die vorgelegten Anträge einstimmig und debattelos angenommen.

Die Nachmittagsung fällt aus, weil um 3 Uhr Professor Lambinet in seinem Laboratorium den Delegierten einen Vortrag hält, in dem er die ausgestellten Präparate über die Wurmkrantheit erläutert.

Lüttich, 11. August.

6. Verhandlungstag.

Am gestrigen Nachmittage fand im Laboratorium der Universität die angefundigte Konferenz des Professors Lambinet über die Wurmkrantheit statt. Im Anschluß an seinen

Zenda bemühte sich, alles zu sehen. Er lachte und machte Ganusch immer wieder aufmerksam. Er hätte auch in Prag ähnliches sehen können, aber er hatte es nie auch nur im geringsten beachtet. Erst hier in Wien fiel ihm dieses Leben auf.

Ja, hier, und an diesem schönen Sommerabend schien ihm das alles natürlich. Er sah darin etwas Notwendiges und Selbstverständliches, ein unmittelbares, natürliches Erfassen des Lebens. „Ja, das ist doch eigentlich das Leben! Die Natur selbst will es so,“ sagte er sich.

Als sie den Prater verließen, streifte sie beim Legetthofdenkmal ein geschlossener Wagen. Zenda erkannte beim Licht der Straßenlaternen das frühere Dämchen mit den zwei Beiden. Sie sah ihnen auf dem Schoß und ließ sich von ihnen schaukeln.

Zenda sagte: „Sie wiegen sich ihre Ware schon ab. Es ist merkwürdig, man möchte schon bald selbst mittun, wenn man dies sieht. Hier haben sie doch nur eine recht ungesunde Luft und leben lustig drauf los!“

„Wollen Sie sehen, wie sie leben?“ fragte Ganusch.

„Warum nicht?“ erwiderte Zenda. „Leberdies kann und soll ein gebildeter Mensch alles sehen.“

„Gut, dann will ich Sie in einen Saal führen, wo Sie mehr davon kennen lernen werden. Ein bißchen habe ich mir diese Dinge schon angesehen — na, Sie werden selbst urteilen.“

Sie bestiegen eine Pferdebahn. Zenda sprach wenig. Er blickte auf die Straße und schien es eilig zu haben. Man sah es seinem Gesicht und seinen unruhig blickenden Augen an, daß er ungeduldig war.

(Beschreibung folgt.)

Vortrag beantwortete Prof. Lambinet einige Fragen des Abgeordneten Gué und nahm den Dank der verschiedenen Nationalitäten entgegen. Auf den Wunsch der Anwesenden gab er ihnen das Recht zur Veröffentlichung seines Vortrages. — Am Abend wurden die Kongreßbeschlüsse dem Bürgermeister, den Schöffen und den Gemeindevorsteher offiziell im Rathsaal empfangen. Nach ihrer Einführung durch Marville-Lüttich namens des Lokalkomitees, begrüßte sie der Bürgermeister Kleber in längerer Rede, in der er darauf bezug nahm, daß Lüttich im 12. Jahrhundert die Zentrale des europäischen Bergbaues war und noch jetzt eine bedeutende Bergindustrie habe. Dem Arbeitseifer, dem Mut und der unermüdbaren Energie der Bergarbeiter brachten alle Klassen der Bevölkerung Lüttichs eine tiefe und herzliche Sympathie entgegen. Denn gerade jetzt nach 75 Jahren der Unabhängigkeit und Freiheit empfinde Belgien mit aller Klarheit die Dankbarkeit gegen diejenigen, deren unermüdbare Arbeit die Grundlage seines Wohlstandes und Fortschritts ist. Auch Lüttich wisse, einen wie großen Teil seiner gegenwärtigen Größe es seiner Arbeiterbevölkerung verdanke. (Lebhafter Beifall.) — In den Dankreden, die Burt für England, Deuguet für Frankreich und Ed. Bernstein halten, führt dieser aus, daß der vom Bürgermeister treffend dargestellten Bedeutung der Arbeiterklasse auch ihr Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten entsprechen sollte. Mehr als je treffe auf die Gegenwart Brodhäusers Wort zu: „Garantieren Sie mir das allgemeine Wahlrecht und ich komme für alle Folgen auf.“ Mit dem Wunsch, daß Belgien und Lüttich soziale Evolution rasch in dieser Richtung vorwärtstriebe, schließt der deutsche Redner unter lebhaftem Zustimmungsrufen.

In seiner heutigen Schlußführung (Parisien (England) Vorsitzender, Gansmann (Deutschland) und Breunet (Frankreich) Beisitzer) eliminiert der Kongreß zunächst die Frage des internationalen Sekretariats, die in Folge des Drängens der Deutschen und des Widerstrebens der Engländer seit Jahren den Janfessel für alle Kongresse bildete, dadurch aus der Debatte, daß er einstimmig und ohne Diskussion folgenden von den Führern der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen vereinbarten Kompromißantrag annimmt:

„Ein internationales Sekretariat der Bergarbeiter, beauftragt mit dem Briefwechsel mit den Landessekretären und mit der Herausgabe eines vierteljährlichen Situationsberichts in drei Sprachen (deutsch, französisch, englisch), wird vom 1. September 1905 ab geschaffen. Die englische Bergarbeiterorganisation wird mit der Einrichtung dieses Instituts beauftragt; sie übernimmt während des ersten Jahres provisorisch die Kosten. Dem internationalen Komitee wird bei seinem nächsten Zusammentritt über die Tätigkeit des Sekretariats Bericht erstattet. Nach den dann gemachten zwölfmonatlichen Erfahrungen werden die Kosten auf die einzelnen Organisationen verteilt.“

Es folgt die Frage der Arbeiterversicherung. Resolutionen von Deutschland, Belgien und Frankreich fordern Besetzung durch die arbeitsunfähigen Arbeiter oder ihren Hinterbliebenen eine auskömmliche Rente gesichert wird.

Brodhäusers Deutschland weist begründend darauf hin, daß die gegenwärtigen Renten — selbst im Ruhrgebiet bei 0.60 bis 1.20 Mark Wochenbeiträgen nach 25 Jahren Arbeit monatlich nur 20 Mark — gänzlich ungenügend seien.

Roufflet-Frankreich: Bei uns hat das neue Pensionsgesetz Verringerung geschaffen. Ging früher der Bergmann selbst mit der geringen Pension von 220 Franken ganz von der Gnade der Grubenbesitzer ab, so mußte jetzt der Bergmann — bei einem Beitrag von 2 Prozent des Lohnes und einem gleichen Beitrag der Unternehmer — nach 30 Jahren Arbeitszeit — 550 bis 600 Mark Rente bekommen.

Cabrot-Belgien: Wir marschieren hier wie überall hinter allen Nationen. Wir haben nur private Versicherungskassen mit Staatssubventionen, die von den Unternehmern verwaltet werden. Aus diesen Kassen kann der Bergmann, wenn er 60 Jahre alt, unbestraft und vollkommen mittellos ist, 11, 14 bis höchstens 18 Franken monatlich erhalten. Ja, ja, Frankreich macht es ungesehen wie wir: Es gibt den Bergarbeitern Pensionen und jagt die Wäffen über die Grenze. (Große Seiterzeit und Beifall.) Die vorgeschlagenen Resolutionen werden einstimmig angenommen.

Auf Antrag von Frankreich-Belgien spricht sich nach Begründung von Cordier-Belgien und Deuguet-Frankreich der Kongreß im Prinzip für die Verstaatlichung der Gruben und die internationale Regelung der Produktion aus. Diese letztere Frage soll auf dem nächsten internationalen Kongreß an erster Stelle beraten werden.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Zum internationalen Sekretär wird Ashton (Manchester) gewählt, zu Landessekretären Gué-Deutschland, Marville-Belgien, Lamembain-Frankreich, Wilson-Vereinigte Staaten und Ebert-Oesterreich. Nach der Rekonstituierung des internationalen Komitees wird zum Ort des nächsten internationalen Kongresses 1906 London gewählt, nachdem die deutsche Delegation den Vorschlag Hannover zurückgezogen hat.

Auf Antrag Edwars wird dem Bürgermeister und der Stadtverwaltung von Lüttich ein Dankeshotum des Kongresses übersandt. Dann wird der Kongreß um 12 1/2 Uhr geschlossen.

Aus der Partei.

An die Delegierten zum Parteitag!

Da der Zeitpunkt, an dem der Parteitag eröffnet wird, immer näher rückt und bis jetzt verhältnismäßig wenig Delegierte sich gemeldet haben, der Wohnungsausschuß aber in der nächsten Zeit in Funktion treten muß, so richtet das unterzeichnete Komitee an die Delegierten zum Parteitag die dringende Bitte, rechtzeitig ihre Anmeldung bewirken zu wollen.

Dem Wohnungsausschuß wäre es außerdem sehr erwünscht, wenn die Delegierten über die Art der von ihnen gewünschten Logis (ungefährer Preis, ob einzeln oder mit mehreren, ob Privat- oder Hotelwohnung usw.) bei ihrer Anmeldung nähere Angaben machen, damit die verschiedenen Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt werden können.

Auch diejenigen Parteigenossen, die als Gäste den Verhandlungen des Parteitages beizuwohnen gedenken, werden ersucht, damit auch diesen der Wohnungsausschuß entgegenkommen kann, ihre Anmeldung bewirken zu wollen.

Das Lokalkomitee.

J. A.: Hermann Weber, Zeng, Marienstr. 26.

Die Parteipresse wird um Abdruck gebeten.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Maurer! Der Bau des Unternehmers Garsch in Anger, Martinstraße, ist wegen Mangelregelung eines Kollegen, der wegen der schlechten Baubede vorstellig wurde, für Verhandlungsgespräch gesperrt. Der Vertrauensmann.

Der Streik bei der Firma Bretschneider hier dauert noch wie vor fort. Wenn auch der Unternehmer sich damit brüskt, Arbeitswillige in seinem Betrieb an Stelle der Ausständigen zu haben, so lassen die Streikenden den Mut nicht sinken, denn nach den Ermüdungen, die sie über die Arbeit-

willigen eingelegen haben, qualifizieren sich diese durchaus nicht dazu, solche „unüberrückliche Instrumente“ herzustellen, mit denen die Firma in ihrer Kellere immer hauseren geht. Es hat sich vielfach gezeigt, daß durch unfähige Arbeitswillige Firmen schwere Schäden erlitten haben, und die Firma Bretschneider dürfte dieselben Erfahrungen machen. Daß es selbst in seinem Interesse liegt, wenn sich Herr Bretschneider mit seinen streikenden Arbeitern verständigt, als daß er mit den Arbeitswilligen weiter wartet, wird ihm schon noch zum Bewußtsein kommen.

Zur Lohnbewegung der Gummibretschneider Leipzigs ist mitzuteilen, daß die Unternehmer in der brüsktesten Form die Forderungen abgelehnt haben. Vor allem wollen sie nichts mit der Organisationsleitung der Holzarbeiter zu tun haben. Um alle Mittel zu erschöpfen, damit auf gutlichem Wege die Gummibretschneider Leipzigs zu ihrem Rechte kommen, wurde eine für jede Fabrik gewählte Kommission beauftragt, mit ihren Unternehmern zu verhandeln. Die von 180 Kollegen besuchte Versammlung von gestern war einmütig der Meinung, daß auch eine fernere Unterhandlung mit den Unternehmern nicht zu dem gewünschten Resultate führen werde. Nächsten Sonntag findet eine Versammlung der Drechsler Leipzigs statt (alle Branchen), die zu der Lohnbewegung ihrer Kollegen der Hartgummibranche Stellung nehmen wird.

Gesichtsführer und Transportarbeiter! Die gestern im Schwarzen Hof zu Liebertwolkwitz tagende Versammlung beschloß sich mit dem Streik der Gesichtsführer in der Regel von Fischer u. Calov. Es stehen sechs Kollegen im Streik. Sie verlangen einen Wochenlohn von 24 Mk., steigend bis 27 Mk. Die Firma lehnte das jedoch ab. Bisher hatten die Kollegen einen Lohn von 21 bis herab zu 18 Mk., bei einer Arbeitszeit von 90 bis 100 Stunden pro Woche. Also kommt auf die Stunde 22 Pfg. Es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Wohnerversammlung von Liebertwolkwitz nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von den traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen, unter welchen die Gesichtsführer der Firma Fischer u. Calov zu arbeiten haben. Die Versammelten sprechen den Ausständigen ihre volle Sympathie aus und verpflichten sich, dahin zu arbeiten, daß den Ausständigen nicht nur ihr volles Recht, sondern auch der Sieg wird.

Es kam ein vorläufiger Waffenstillstand zustande: Der Vertreter der Firma versprach den Gesichtsführern einen Lohn von 24 Mk. auf eine Woche, und wenn die Geschäftsinhaber zurückkommen, wird weiter mit ihnen verhandelt werden. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Ausständigen sollen sämtlich wieder eingestellt werden.

Zur Färberarbeiterausperrung wird uns geschrieben: Der Streik in Glauchau und Meerane ist beendet. Am Freitag fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Wirtgen von Meerane und der Mitwirkung des Bürgermeisters Bring aus Glauchau, in Meerane nochmals eine Verhandlung statt. Die Glauchauer und Meeraner Arbeitgeber machten noch einige weitere Zugeständnisse durch die der Tarif wesentlich verbessert wurde. Es wurde folgendes festgesetzt: Die Arbeitszeit in Meerane beträgt 10 Stunden 20 Minuten, in Glauchau 10 Stunden 30 Minuten. Tagelohn für Färberarbeiter über 18 Jahre beträgt 2.45 Mk., für solche bis zu 18 Jahren 2.20 Mk. Weibliche Arbeiter erhalten täglich 1.45 Mk., nach 3 Monaten 1.50 Mk. Diege Löhne sind für Glauchau und Meerane gleich. Ueberstunden werden in Glauchau, soweit die Arbeiter bis 2.45 Mk. Tagelohn erhalten, 30 Pfg., soweit sie 2.45 bis 3 Mk. erhalten, 85 Pfg., und bei mehr als 3 Mk., 40 Pfg. bezahlt. In Meerane werden 40 Pfg. für die zwei ersten Ueberstunden, für jede weitere 50 Pfg. bezahlt. Für die weiteren Ortsgruppen der Färberkonvention sind 2.40 Mk. Tagelohn vorgelesen. In diesen Orten finden weitere Verhandlungen statt. Die Meeraner Ausständigen nehmen diese Vereinbarungen an, da sie auch einige Aufbesserung für Appretur- und Affordarbeiter erhalten. In der der Verhandlung folgenden Versammlung berichteten die Kommissionsmitglieder und baten die Kollegen, den Vereinbarungen zuzustimmen. Reichert aus Chemnitz und Süß aus Berlin ermahnten die Ausständigen, sich mit dem Ergänzungen zu begnügen. Nicht die von den Arbeitgebern angebotene Aussperrung sei maßgebend für die Wiederaufnahme der Arbeit, sondern, daß durch einen längeren Kampf nicht mehr hätte erreicht werden können. Gelangt es der Organisation, die Färberkonvention zu weiteren Zugeständnissen für die Arbeiter der übrigen Orte zu bewegen, dann ist etwas dauerns für die Färberarbeiter geschaffen. Daß auch in diesem Kampfe die Anerkennung der Arbeiterorganisation nicht erzwungen werden konnte, daran, so führte Genosse Süß aus, seien die bisher unorganisierten Arbeiter schuld. Eine starke Gewerkschaft werde stets die Anerkennung ohne große Mühe erlangen. Die Ausständigen beschloßen einstimmig, die Arbeit am Dienstag früh wieder geschlossen aufzunehmen. Gemahregelt soll niemand in diesem Kampfe vom 18. Juli bis zu seinem Ende eine mangelhafte Haltung bewahren. Sie werden aus dem Verhalten des Unternehmertums von neuem die Lehre ziehen, daß sie ihre Organisation zu stärken haben, soll es ihnen ferner gelingen, ähnlichen Nachproben des Unternehmertums energisch entgegenzutreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 12. August. Ein Teil der japanischen Forderungen lautet: die Abtretung Sachalins und eines Gebietes an der Nordküste Sibiriens; eine Kriegschadigung von einer Milliarde Dollars; die Anerkennung der japanischen Oberherrschaft über Korea und Manchang. Ferner soll Rußland sich verpflichten, die Mandchuriet zu räumen und den Japanern in der Befestigung Port Arthur freie Hand zu lassen.

Briefkasten der Redaktion.

Bruna. Ging erst am Sonnabend früh bei der Redaktion ein und konnte daher nicht schon am Freitag Aufnahme finden.

Ankunft in Rechtsfragen.

Büchsen! Zum Reichstag darf auch wählen, wer kein steuerpflichtiges Einkommen hat, wenn nur die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind. Dasselbe gilt nach der Landgemeinbesorgung für das Gemeinbewahlrecht. Dagegen ist zur Teilnahme an den Landtagswahlen nur berechtigt, wer Steuern zahlt.

Quittung.

Für die Opfer der russischen Revolution gingen bei uns ein: Bereits kultiviert 1180.07 Von b. Streikenden d. Firma Bretschneider, Pianofortefabrik 4.— Klängebewußte Drechsler und Polierer aus der Weststraße 4.75 Einigen Deutscher, Gagnsburg 2.40 Summa: 1191.22

Expedition der Leipziger Volkszeitung.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Seger in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Siehe vier Beilagen.